

**Zeitschrift:** Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Band:** 98 (2018)  
**Heft:** 1062

**Artikel:** Macht hoch die Tür, die Tor' macht weit!  
**Autor:** Vossen, Bas van der / Brennan, Jason  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-816210>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Macht hoch die Tür, die Tor' macht weit!

Wenn sich alle Menschen ungehindert von Grenzen bewegen könnten, wäre die Welt nicht nur freier, sondern auch deutlich reicher.  
Ein libertäres Plädoyer.

von Bas van der Vossen und Jason Brennan

Die Schweiz geniesst den Ruf, ein offenes, kosmopolitisches Land zu sein. Doch während ich dies schreibe, wendet sie der Welt den Rücken zu – und viele andere Länder tun es ihr gleich. Wir leben im Zeitalter der geschlossenen Gesellschaften: Die meisten Menschen in den meisten Ländern bäugten die meisten Einwanderer mit tiefem Unbehagen – als Bedrohung für die heimische Kultur oder das Lohnniveau – und tun alles, um sie draussen zu halten. Das war noch bis zu Beginn des vorigen Jahrhunderts anders, und trotz apokalyptischer Schlagzeilen über Horden rechter Barbaren, die das politische Spielfeld stürmen, sind die Einwanderungsgegner weiter im Aufwind: zwar sind legale wie illegale Migration zwischen den meisten Ländern heute schon extrem schwierig, trotzdem wollen viele Wähler und Politiker, dass die Grenzen noch enger geschlossen werden.

Anders als viele Journalisten behaupten, sind es aber nicht die Einwanderungs- und Freihandels-«Verlierer», die gegen ein «System» rebellieren, das sie «zurücklässt». In der Schweiz, Grossbritannien und den USA etwa gedeihen ausländerfeindliche Haltungen in abgelegenen Gebieten mit wenigen Einwanderern<sup>1</sup> am wahrscheinlichsten. Warum? Der Nutzen der Offenheit wird übersehen, und die Nachteile sind grossenteils eingebildet. Es ist wie beim Freihandel: Arme Wähler profitieren zwar überproportional davon – er erhöht den realen Gegenwert ihrer Löhne –, lehnen ihn aber stärker ab als Reiche.

## Grenzen sind ungerecht und ineffizient

Wenn Ökonomen Zuwanderung erforschen, finden sie verblüffende Dinge heraus. Michael Clemens etwa weist nach, dass

Grenzschiessungen mit grossem Abstand das Ineffizienteste sind, was Regierungen tun können. In einer Welt, in der Arbeitskräfte sich frei dahin bewegen könnten, wo sie am meisten gebraucht werden, also die Nachfrage nach ihrer Arbeit am höchsten ist, wäre die weltweite Wirtschaftsleistung schätzungsweise *doppelt* so gross, wie sie heute tatsächlich ist.<sup>2</sup> Selbst konservativeren Schätzungen zufolge werfen wir jedes Jahr 50 Billionen Dollar Bruttoinlandsprodukt einfach weg. Welche sozialen Probleme Migration also auch immer mit sich bringen mag – und die meisten dieser «Probleme» sind gar keine, die mit den Einwanderern zu tun haben –, sie werden ökonomisch von den positiven Effekten der Immigration ausgeglichen, ja übertroffen.

Aber geschlossene Grenzen sind nicht nur ineffizient, sie schaffen auch weitreichende neue Ungerechtigkeiten. Stellen Sie sich vor, Sie lebten in einem sehr armen Land. Alles, was Sie zum Verkauf anbieten können, sind Erdbeeren. Sie, der Arme, müssen bleiben, wo Sie sind, denn Ihnen ist verboten, sich anderswo nach einem besseren Deal umzusehen. Stellen Sie sich nun ein paar reiche Menschen an einem anderen Ort vor, die sich Erdbeeren nicht nur leisten, sondern überallhin auf der Welt reisen können, um dort Erdbeeren zu kaufen, und die immer auf der Suche nach dem besten Deal sind. Es ist offensichtlich, dass die armen Erdbeerproduzenten in diesem Beispiel leichte Beute für Ausbeuter sind. Wollte der Teufel persönlich die Armen bestrafen, würde er ihnen genau diese Bedingungen aufzwingen: Weil die Produzenten keine Möglichkeit haben, nach besseren Konditionen zu suchen, kann der Erdbeerpreis künstlich tief gehalten werden.

Die Folge: Die Produzenten können nur die schlechten Bedingungen akzeptieren, die ihnen geboten werden. Sie sind keine Verkäufer, sondern Knechte.

Das ist kein abstruses Beispiel, es sind die tatsächlichen Bedingungen, die weltweit für den Verkauf von Arbeitskraft gelten. Wir haben ein Wirtschaftssystem, in dem alles – Finanzinstrumente, Geld, Fabriken, Information – globalisiert werden und sich über Grenzen hinwegbewegen kann. Alles, nur arme, unqualifizierte Arbeitskräfte nicht. Sie können nicht nach Chancen suchen, sondern müssen darauf warten, dass das Glück *sie* findet. Kein Wunder, dass sie in Sweatshops enden.

Eine Möglichkeit, dieses Problem zu lösen, wäre es, armen Arbeitskräften zu gestatten, sich frei zu bewegen – so wie jeder Amerikaner aus dem armen West Virginia ins reiche Virginia ziehen kann. Ein armer Haitianer, der in die USA zieht, darf davon ausgehen, dass sein Realeinkommen um den Faktor 15 steigen wird. Gleichzeitig, so sind sich die meisten ökonomischen Studien einig, macht er auch den Rest der Amerikaner reicher.<sup>3</sup>

### Reisefreiheit für alle Menschen

In anderen Worten: der offensichtlichste Ansatz, weltweite Armut und Ungleichheit zu bekämpfen, ist es nicht, mehr Entwicklungshilfe zu zahlen, sondern die Welt zu öffnen. Gebt Menschen die Möglichkeit, sich zwischen Staaten mit der gleichen Freiheit zu bewegen wie zwischen kanadischen Provinzen oder den Kantonen der Schweiz, schafft Arbeits- und Wohnungsgesetze ab, die vorgeben, Arbeiter zu «schützen» und «sichere Unterkünfte zu garantieren», aber in Tat und Wahrheit nur dazu da sind, andere daran zu hindern, einzuwandern und Arbeit zu bekommen!

Fast alle Bürger westlicher Wohlstandsgesellschaften lehnen diesen Vorschlag ab. Das sind schlechte Nachrichten für uns, und besonders für die Armen der Welt. Die gute Nachricht ist, dass die Leute den Vorschlag aus schlechten Gründen ablehnen: Die meisten Menschen sind, ganz einfach, falsch informiert darüber, was Immigration bedeutet. Sie glauben, die Gesellschaften zu öffnen, schade uns, mache uns ärmer und könne «unseren» Lebensstil gefährden. Sie glauben, wenn wir Armen Zugang zu westlichen Gesellschaften gäben, würden sie uns «unsere» Arbeit wegnehmen. Oder, einfach weil sie arm sind, das Lohnniveau nach unten ziehen.

Beides ist nachweislich falsch. Zuwanderer sind nur für diejenigen Arbeiter eine Bedrohung, die sie ersetzen würden. Tatsächlich aber würden die meisten Migranten (auch die niedrigqualifizierten) Stellen annehmen, die Arbeitgeber heute nur schwer besetzen können. Sie *ergänzen* einheimische Arbeitskräfte, sie *konkurrieren* sie nicht. Vor allem in Europa, namentlich in der Schweiz, stellen Rechtspopulisten Zuwanderer auch gern als «Goldgräber» dar, die «profitieren» wollen. Sie zeichnen das Bild von Menschen, die «nur» darauf aus sind, ihre Lebensumstände zu verbessern, und implizieren, dass dies den Wunsch herzukommen irgendwie disqualifiziert. Eine ziemlich wirre Argumentation, denn: Klar, sind sie «Goldgräber»! So wie wir alle! Umso begeisterter soll-

ten wir sie hereinlassen und mit ihnen zusammenarbeiten! Noch einmal: Wäre das einfacher, wären wir alle reicher.

### Unbegründete Sorge um den Sozialstaat

Eine weitere weitverbreitete Sorge ist, dass arme Einwanderer den Wohlfahrtsstaat aushöhlen könnten. «Diese Leute kommen doch nur, um sich hier Sozialleistungen zu erschnorren» – gibt uns das nicht jedes Recht, sie abzuweisen? Das ist gleich aus zwei Gründen eine Fehlüberlegung. Erstens verdreht auch dieser Vorwurf die Tatsachen: Studien zur steuerlichen Auswirkung von Einwanderung – berechnet als Differenz zwischen den Steuern und sonstigen Beiträgen, die bisherige Einwanderer leisten, und den Sozialleistungen und öffentlichen Dienstleistungen, die sie beziehen – kamen wiederholt zum Ergebnis, dass der Nettoeinkommensfluss von Immigration positiv bis annähernd null ist.<sup>4</sup> Wen wundert das? Als «Goldgräber» suchen sich die meisten Einwanderer Arbeit, zahlen Steuern und sind statistisch weniger als die einheimische Bevölkerung von staatlichen Unterstützungsleistungen abhängig.<sup>5</sup> Selbst wenn man all diese Umstände ausser Acht liesse, also einmal annähme, die These mit der Aushöhlung stimmt, gäbe es aber eine einfache und offensichtliche Lösung für das Problem: eine Mauer um den Wohlfahrtsstaat zu bauen statt um das Land. Wenn Einwanderer den Sozialstaat tatsächlich derart aushöhlten, könnten westliche Länder die Einwanderer doch einfach hereinlassen, ihnen aber die Sozialleistungen vorenthalten. Schaut man die Fiskalbilanzen an, schösse man sich damit zwar ins eigene Bein, aber so könnten Einwanderer wählen, ob es die Sache für sie immer noch wert ist – und die Einheimischen fänden endlich heraus, nach welchem «Gold» sie eigentlich graben.

Viele Menschen meinen, mehr Einwanderung würde auch mehr Kriminalität bedeuten. Doch auch hier liefert die Empirie wenig, das diese Sorge untermauern könnte: Der Soziologe Robert Samson fand heraus, dass mexikanische Einwanderer in den USA nur halb so oft Straftaten begehen wie Menschen, die schon in der dritten Generation oder länger US-Bürger sind.<sup>6</sup> Die Ökonomen Kristin Butcher und Anne Piehl zeigten, dass Einheimische mit fünfmal so hoher Wahrscheinlichkeit inhaftiert werden wie Einwanderer.<sup>7</sup> Und die Ökonomen Milo Bianchi und Paolo Buonanno kamen für Italien zu ähnlichen Ergebnissen: allenfalls steigt durch Immigration die Zahl der Taschendiebstähle.<sup>8</sup> Man mag hier anfügen, dass z.B. muslimische Einwanderer in Frankreich laut Statistik überproportional oft straffällig werden. Aber diese Tatsache – wir gehen mal davon aus, dass sie nicht von einer diskriminierenden Strafverfolgungspraxis herrührt – ist irreführend: Zum einen machen Migranten vielerorts, aber vor allem in Europa einen grossen Anteil der jungen Bevölkerung aus, und junge Männer begehen mit Abstand am meisten Straftaten. Mit anderen Worten: Dass so viele Migranten in europäischen Strafvollzugsanstalten sitzen, kommt schlicht daher, dass ihr Anteil an der jungen Bevölkerung so gross ist («eingeborene» Europäer bekommen weniger Kinder). Bereinigt man die Zahlen um den Faktor Alter, ver-

# «Wenn Einwanderer den Sozialstaat tatsächlich derart aushöhlten, könnten westliche Länder die Einwanderer doch einfach hereinlassen, ihnen aber die Sozialleistungen vorenthalten.»

Bas van der Vossen und Jason Brennan

schwindet auch die kriminalstatistische Auffälligkeit der Zugewanderten.<sup>9</sup>

Kurz: Insgesamt gibt es kaum Anhaltspunkte, die einen Zusammenhang zwischen Einwanderung und Kriminalität nahelegen. Allerdings sollte man die Argumentation, eine allfällige Tendenz von Einwanderern, Straftaten zu begehen, sei das Ergebnis restriktiver Arbeitsmarktpolitik – als Beispiel bietet sich hier erneut Frankreich an –, durchaus ernst nehmen. Protektionistische Arbeitsmarktpolitik kreiert tatsächlich eine grosse Unterschicht von Einwanderern der zweiten Generation. Sie wachsen heran ohne Perspektiven, irgendwann einmal produktiv arbeiten zu können. Das ist ein Rezept für Verbitterung. Diese wiederum manifestiert sich in einer gescheiterten Assimilation und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass etwa französische Muslime sich religiös radikalieren oder straffällig werden. Wenn man möchte, dass Einwanderer sich integrieren, muss man Integration auch *zulassen*, auch und vor allem auf dem Arbeitsmarkt.

## Die Demokratie schafft Anreize zum leichtsinnigen Machtmissbrauch

Tatsächlich ist die oben nur anskizzierte, enorm weite Verbreitung von Ignoranz und Fehlinformation zum Thema Immigration nicht überraschend. Bei allem Guten, was sie für uns getan hat: Die Demokratie hat einen systematischen Defekt, der clevere Politik, also auch clevere Migrationspolitik, fast unmöglich macht. Die einzelne Wählerstimme hat nämlich so gut wie nie eine entscheidende Wirkung. Das führt dazu, dass Wähler keinen Anreiz haben, sich zu informieren, ihre Vorurteile zu hinterfragen und zu überwinden und überhaupt rational über Politik nachzudenken. Die Demokratie gibt dem Volk Macht und verleitet es gleichzeitig, mit dieser Macht leichtsinnig umzugehen – deshalb glauben die meisten Wähler in der Schweiz, sie könnten es sich leis-

ten, für alle Seiten schädliche Zuwanderungspolitiken zu tolerieren oder sogar mehr davon zu fordern.<sup>10</sup>

Wir vermuten allerdings, dass falsche Anreize nicht der Hauptgrund sind, warum Menschen sich gegen Zuwanderung aussprechen. Der wahre Grund ist wohl banaler: Menschen hegen ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber Fremden. Wie auch der liberale Ökonom Bryan Caplan in seinem Buch «The Myth of the Rational Voter» (Das Märchen vom rationalen Wähler) zeigt, überschätzen Bürger zusätzlich die Kosten von Interaktionen mit Ausländern und unterschätzen den Nutzen. US-Amerikaner und Kanadier zum Beispiel sind so xenophob, dass sie es selbst weisen, reichen Christen mit identischer Kultur schwer machen, zwischen ihren Ländern hin- und herzureisen. Europäische Bürger befürchten, dass zusätzliche Einwanderer aus mehrheitlich muslimischen Ländern zum Niedergang von Freiheit, liberalen Werten und der westlichen Demokratie führen werden. Muslime, sagen sie, seien illiberale, autoritäre und theokratische Menschen: «Lass sie in den Westen und sie werden ihn an der Urne zum Nahen Osten machen!»

## Die Mehrheit der Zuwanderer integriert sich problemlos

Auch uns ist die individuelle Freiheit das höchste Gut, und gerade deshalb werden wir nicht müde, auch hier zu betonen: Es gibt wenig Anhaltspunkte, die solche Albtraumszenarien unterfüttern. Die Forschung zu weltweiter Integration und Assimilation zeigt eher, dass die überwiegende Mehrheit muslimischer Zuwanderer sich relativ gut anpasst und von der Unterstützung etwa der Scharia (falls sie sie je unterstützt haben) Abstand nimmt.<sup>11</sup> Zugegeben: Eine kleine Minderheit verursacht tatsächlich signifikante Probleme, insbesondere durch Terrorismus. Terrorismus ist eine echte Bedrohung, und es ist richtig, ihn zu bekämpfen. Doch Terrorismusbekämpfung ist das eine, das Schliessen von Grenzen et-

was ganz anderes. Selbst wenn unter Einwanderern (oder den Nachkommen früherer Einwanderer) auch Fanatismus entsteht, gibt es besser geeignete Mittel, ihm die Stirn zu bieten. Statt allen Migranten den Einlass zu verwehren und auf all die Vorteile der Zuwanderung zu verzichten, sollten wir polizeiliche Methoden verbessern und ankommende Einwanderer dabei unterstützen, sich erfolgreicher zu integrieren. Sie glauben uns noch immer nicht? Nehmen wir also einmal an, dass wir falsch liegen. Lassen Sie uns, um der Debatte willen, annehmen, dass es die liberalen Institutionen der Schweiz zerstören würde, einen einzigen Araber über die Grenze zu lassen. Wenn dem so wäre, drängt es sich doch trotzdem nicht auf, die Grenze zu schliessen, sondern bestenfalls: die Grenzen für Araber zu schliessen, aber nicht für Chinesen, Deutsche oder sonst jemanden. (Und wenn Sie diese Vorstellung nun unangenehm finden, überlegen Sie sich doch mal, ob das nicht am zugrundeliegenden Prinzip liegen könnte!)

### Zuwanderungsbeschränkungen abschaffen

Was dann übrig bleibt, ist eine reine «Wir gegen die anderen»-Debatte. Vielleicht möchten Sie die Grenzen nicht öffnen, weil Ihnen die Freiheit der Schweizerinnen und Schweizer wichtiger ist als die der Menschen rund um den Globus. Oder vielleicht mögen Sie die Schweizer Kultur, wollen sie aber weniger gern mit anderen teilen oder sie von ihnen mitgestalten oder gar verändern lassen. Ein echtes Argument ist das nicht.

Stellen Sie sich vor, Pierre möchte von Lausanne nach Zürich ziehen. Er findet in Lausanne keine Arbeit und hat davon gehört, dass der Arbeitsmarkt in Zürich mehr Möglichkeiten bietet. Doch als Pierre die Zürcher Stadtgrenze erreicht, hält ihn Martina, Gewehr im Anschlag, an und sagt ihm, er solle dahin zurückkehren, wo er herkomme. «Hier in Zürich», sagt sie, «wollen wir keine Leute wie dich.» Oder vielleicht: «Wir wollen nicht, dass deine Lausanne-Kultur unsere Zürich-Gepflogenheiten verwässert. Zürich soll sich deutschschweizerisch anfühlen, nicht welsch!» Martina tut Pierre natürlich Unrecht. Solange Pierre nichts Falsches tut, das scheint hier allen klar, muss Martina Platz machen und ihn passieren lassen. Und ihre Argumente sind nicht geeignet, daran etwas zu ändern.

Aber wenn das *innerhalb* von Staaten so ist, möchte man doch meinen, dass dasselbe auch *zwischen* Staaten gelten kann. Ohne einen wirklich guten Grund – die am häufigsten genannten haben wir weiter oben entkräftet – gilt für Staaten dasselbe wie für Martina: Sie sollten einfach beiseitretreten und den Weg freimachen. Das wäre nicht nur fair, sondern maximal effizient und also zum Nutzen aller. Was wir uns und den Menschen anderswo schuldig sind, ist Offenheit. Wir sind es ihnen schuldig, die Hürden aus dem Weg zu räumen, die sie davon abhalten, diese Welt mit ihrem Beitrag zu einer besseren, wohlhabenderen zu machen. Wir sollten Neuankömmlinge in unseren Gesellschaften willkommen heissen und sie ermutigen, genau jene produktiven Bürger zu werden, die sie ohnehin sein wollen. Wir sollten alle

Zuwanderungsbeschränkungen, Kontingente, Zölle und sonstigen protektionistischen Regulierungsmassnahmen abschaffen. Denn: Selbst die Ärmsten der Welt können uns viel bieten, wenn wir sie nur lassen. ◀

Aus dem Englischen übersetzt von Stephan Bader.

<sup>1</sup> E.g., Maya Ackermann und Markus Freitag: What Actually Matters?

Understanding Attitudes toward Immigration in Switzerland. In: Swiss Political Science Review (2015): <https://doi.org/10.1111/spsr.12146>.

<sup>2</sup> Michael A. Clemens: Economics and Emigration: Trillion-Dollar Bills on the Sidewalk?. In: Journal of Economic Perspectives 25, No. 3 (2011), S. 83–106.

<sup>3</sup> Ottaviano und Peri 2008; Peri und Sparber 2009, S. 162; D'Amuri und Peri 2011; Kerr und Kerr 2011, S. 12; Friedberg und Hunt 1995; Longhi, Nijkamp und Poot 2005; Longhi, Nijkamp und Poot 2006; Longhi et al. 2010; Okkerse 2008.

<sup>4</sup> Christian Dustmann und Tommaso Frattini: The Fiscal Effects of Immigration to the UK, Centre for Research and Analysis of Migration, 2013. [www.creammigration.org/publ\\_uploads/CDP\\_22\\_13.pdf](http://www.creammigration.org/publ_uploads/CDP_22_13.pdf)

<sup>5</sup> Alberto Alesina und Edward L. Glaeser: Fighting Poverty in the US and Europe: A World of Difference. New York: Oxford University Press, 2004; Maureen A. Eger: Even in Sweden: The Effect of Immigration on Support for Welfare State Spending. In: European Sociological Review 26:2 (2010), S. 203–217; J. R. Clark, Robert Lawson, Alex Nowrasteh, Benjamin Powell und Ryan Murphy: Does Immigration Impact Institutions? In: Public Choice 163:3, Juni 2015, S. 321–335; Stuart N. Soroka, Richard Johnston, Anthony Kevins, Keith Banting und Will Kymlicka: Migration and Welfare State Spending. In: European Political Science Review 8:2 (2016), S. 173–194.

<sup>6</sup> Robert J. Sampson: Rethinking Crime and Immigration. In: Contexts, 7 (2008), S. 28–33; Robert J. Sampson, Jeffrey D. Morenoff und Stephen Raudenbush: Social Anatomy of Racial and Ethnic Disparities in Violence. In: American Journal of Public Health, February 2005, Vol. 95, No. 2, S. 224–232.

<sup>7</sup> K. F. Butcher und A. M. Piehl: Why Are Immigrants' Incarceration Rates so Low? Evidence on Selective Immigration, Deterrence, and Deportation. In: NBER Working Paper 13229, July 2007, [www.nber.org/papers/w13229](http://www.nber.org/papers/w13229); Butcher und Piehl: Recent Immigrants: Unexpected Implications for Crime and Incarceration.

In: Industrial and Labor Relations Review, Vol. 51, No. 4, July 1998, S. 654–679.

<sup>8</sup> Milo Bianchi und Paolo Buonanno: Do Immigrants Cause Crime?. In: Journal of the European Immigration Association 10 (2012), S. 1318–1347.

<sup>9</sup> John Hagan und Alberto Palloni: Immigration and Crime in the United States. In: National Research Council, 1998. The Immigration Debate: Studies on the Economic, Demographic, and Fiscal Effects of Immigration, Washington, DC, In: The National Academies Press, S. 367–387, S. 375.

<sup>10</sup> In einer früheren Ausgabe des «Monats» stellte Jason Brennan folgenden Vergleich an: Stellen Sie sich eine riesige Universitätsvorlesung mit Hunderten von Studierenden vor. Die Dozentin kündigt an: «Am Ende des Semesters wird es eine Abschlussprüfung geben, die 100 Prozent Ihrer Zeugnisnote ausmacht. Ich werde den Durchschnitt aus Ihren Noten errechnen, und Sie werden alle dieselbe Note erhalten.» Wo wird diese Note liegen? Vermutlich irgendwo zwischen 1 und 3 – sehr unbefriedigend –, weil die Studenten sich gar nicht die Mühe machen werden, den Stoff zu lernen. Das Problem ist aber nicht, dass die Studenten dumm oder faul wären, sondern dass sie keinen Anreiz haben zu lernen. Und doch begegnen die Wähler in jeder Demokratie den genau gleichen Anreizen. Statt mit 500 geht ein Schweizer Bürger bei Volksabstimmungen mit zwei bis drei Millionen (und potentiell fünf Millionen) «Mits Studierenden» zur «Prüfung».

<sup>11</sup> [www.pewforum.org/religious-landscape-study/religious-tradition/muslim](http://www.pewforum.org/religious-landscape-study/religious-tradition/muslim)

### Bas van der Vossen

ist Associate Professor am Smith Institute for Political Economy and Philosophy und am Philosophy Department der Chapman University in Orange (USA). Zuletzt von ihm erschienen: «In Defense of Openness» (mit Jason Brennan; Oxford University Press, 2018).

### Jason Brennan

ist Professor für Strategie, Volkswirtschaft, Ethik und Public Policy an der Georgetown University sowie Forschungsprofessor an der University of Arizona. Zuletzt auf Deutsch von ihm erschienen: «Gegen Demokratie. Warum wir Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen» (Ullstein, 2017).